

Stand: 20.04.2026 07:57:44

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/3695

"Sichere Städte statt sicherer Häfen I: Unterstützung für kriminelle Schleuser und Schlepper unverzüglich beenden"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/3695 vom 24.09.2019
2. Beschluss des Plenums 18/3791 vom 25.09.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 27 vom 25.09.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier** und **Fraktion (AfD)**

Sichere Städte statt sicherer Häfen I: Unterstützung für kriminelle Schleuser und Schlepper unverzüglich beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich auf allen relevanten Ebenen dafür einzusetzen, dass die Überstellung illegal nach Italien verbrachter Migranten nach Deutschland unverzüglich unterbunden wird
2. dafür Sorge zu tragen, dass sich Städte und Gemeinden, die sich zu sogenannten sicheren Häfen erklären und freiwillig mehr Wirtschaftsmigranten aufnehmen wollen, an geltendes Recht und Gesetz halten.

Begründung:

Die von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) angekündigte Aufnahme eines Viertels aller im Mittelmeer aus „Seenot“ aufgegriffenen „Bootsflüchtlinge“ durch Deutschland führt zu einem Anstieg der Migrationsströme. Kritisch zu sehen sind sowohl die Höhe als auch die fehlende zeitliche Befristung dieser Maßnahme. Durch diese Absprache auf europäischer Ebene werden auch alle diejenigen nach Deutschland gebracht, die nach der Rechtslage keinen Anspruch auf Asyl in Deutschland haben.

Die Zahlen der letzten Monate weisen darauf hin, dass sich wieder mehr Menschen ohne „Bleibeperspektive“ auf den Weg nach Europa und damit vorrangig nach Deutschland machen. Auch entlang der Balkanroute ist zu erkennen, dass der Migrationsdruck wieder ansteigt. Aufnahmeversprechen verleiten Menschen dazu, sich in Lebensgefahr zu begeben. Darüber hinaus verschärft sich durch die weiterhin unkontrollierte Zuwanderung die Situation auch in bayerischen Städten und Gemeinden. Durch die hohen Einwanderungszahlen ist die bayerische Identität in Gefahr, vor allem aber verschärft sich mit jedem weiteren Tag des fortgesetzten Rechtsbruchs die Sicherheitslage für Zugezogene und schon länger hier lebende Deutsche.

Aus diesem Grund ist es zu verurteilen, dass sich Städte und Gemeinden in Bayern dazu bekennen, mehr illegal nach Deutschland verbrachte Einwanderer auf Dauer aufnehmen zu wollen. Diese Aktionen untergraben den Rechtsstaat; außerdem setzen sie ein falsches Zeichen für Menschen in Afrika und anderswo. Diese Menschen werden durch derartige Ankündigungen und unregelmäßige Quotierungen dazu verleitet, ihre Heimatländer zu verlassen, wo sie dringend gebraucht werden. Die Kosten für die wohlfeilen Versprechungen werden dann allen Steuerzahlern aufgebürdet.

Moralisch zu verurteilen sind die sogenannten Nichtregierungsorganisationen und Kirchen, die sich durch den Betrieb von angeblichen Rettungsschiffen und durch die nachgewiesenen Absprachen mit den nordafrikanischen Schleppern als Vereine der organisierten Kriminalität zu erkennen geben. Es ist nicht vertretbar, dass die an der illegalen Schleppertätigkeit beteiligten Nichtregierungsorganisationen weiterhin den Status der Gemeinnützigkeit genießen. Im Sinne einer stringenter Rechtspolitik ist jede staatliche Zusammenarbeit mit allen kirchlichen und privaten Akteuren einzustellen, die sich durch ihre illegale Migrationshilfe an der Destabilisierung Deutschlands schuldig machen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/3695

**Sichere Städte statt sicherer Häfen I:
Unterstützung für kriminelle Schleuser und Schlepper unverzüglich beenden**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Richard Graupner

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Alexander Hold

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Dr. Ralph Müller

Abg. Karl Straub

Abg. Alexander Muthmann

Staatssekretär Gerhard Eck

Abg. Ferdinand Mang

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)

Sichere Städte statt sicherer Häfen I:

**Unterstützung für kriminelle Schleuser und Schlepper unverzüglich beenden
(Drs. 18/3695)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer u. a. und Fraktion (SPD)

**Seenotrettung ermöglichen: EU-Verteilmechanismus von geretteten
Flüchtlingen jetzt! (Drs. 18/3696)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Regionale und kommunale Flüchtlingsaufnahme stärken (Drs. 18/3717)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist der Abgeordnete Richard Graupner von der AfD-Fraktion.

Richard Graupner (AfD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eine unheilige Allianz, die sich da über Deutschland zusammengebraut hat, eine Allianz von Seebrücke bis Seehofer, deren ideologisches Anker-Zentrum nicht weniger als die umfassende Rettung der Menschheit, ja der ganzen Welt zu sein scheint. Ihre beiden gesellschaftspolitischen Hauptspielfelder sind zum einen der sogenannte Klimaschutz und zum anderen die Migrationsfrage, die momentan vor allem unter der Chiffre "Seenotrettung" Konjunktur hat.

Betrieben wird dieses Geschäft vor allem von sogenannten privaten Nichtregierungsorganisationen, wobei der Begriff "privat" nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass sie

in Wahrheit von millionenschweren internationalen Netzwerken alimentiert werden. Die Rede von der Seenotrettung suggeriert dem Unbedarften, hier ginge es um humanitäre Hilfe für unverschuldet in Gefahr geratene Menschen. Was man aber hierzulande nicht wahrhaben möchte, wissen die italienischen Behörden bereits seit geraumer Zeit: Die Seenotretter stehen mit den nordafrikanischen Schlepperorganisationen in Verbindung und fungieren in Absprache mit diesen als Gratistaxi nach Europa.

Diesen Helfershelfern des internationalen Schleuserwesens gehört nicht nur ihre Gemeinnützigkeit ab-, sondern stattdessen der Status der Gemeingefährlichkeit zuerkannt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Bundesinnenminister Horst Seehofer möchte nun plötzlich pauschal 25 % aller nach Italien geschipperten Migranten aufnehmen. Das ist nicht nur ein Widerspruch zu der im Koalitionsvertrag festgelegten Obergrenze, sondern geradezu ein Anreiz für weitere Migrationswillige, sich auf den Weg nach Europa zu machen.

Migrationspolitisch brauchen wir aber weder Obergrenzen in der Dimension von jährlich einer Großstadt noch gar unbegrenzt geltende Quotenzusagen, sondern eine strikte Begrenzung der illegalen Zuwanderung auf null sowie eine konsequente Rückführung aller im Mittelmeer Aufgegriffenen auf das afrikanische Festland. Sorgen wir dafür, dass unsere bayerischen und deutschen Städte sichere Heimat für die Einheimischen bleiben, statt sichere Häfen für Glücksritter aus aller Welt zu sein.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Pardon, bitte kommen Sie zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Hold noch mal ans Rednerpult.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Werter Kollege, wenn Sie Nichtregierungsorganisationen und die Kirchen als Vereine der organisierten Kriminalität bezeichnen, wie Sie es in Ihrem Antrag tun, verlassen Sie wieder einmal jeglichen Boden unserer ge-

meinsamen Werte, die wir hier vertreten. Sie sollten sich schämen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD – Zuruf: Bravo!)

Wenn Sie behaupten, durch aus Seenot Gerettete sei die bayerische Identität in Gefahr, kann ich Ihnen versichern, dass durch die zwanzig AfD-Abgeordneten hier mehr Schatten auf die bayerische Identität fällt als durch ein paar Hundert aus dem Mittelmeer Gerettete.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der AfD: Schande!)

Ich habe aber noch eine Frage: Nehmen Sie einmal an, Sie befinden sich mit Ihren Kindern auf einer Bootstour auf dem Bodensee. Dann geraten Sie zum Ersten in Schweizer Gewässer und zum Zweiten in Seenot, und Sie gehen dann mit Ihren beiden Kindern über Bord. Dann kommt ein österreichisches Boot vorbei und fährt weiter, weil es sich für Deutsche nicht zuständig fühlt. Könnte es sein, dass Sie spätestens in diesem Moment erkennen würden, dass Seenotrettung sehr wohl eine gesamteuropäische Aufgabe ist?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Richard Graupner (AfD): Herr Kollege Hold, könnte es sein, dass Sie nicht den geringsten Schimmer haben, was auf dem Mittelmeer passiert? Solange sich Nichtregierungsorganisationen, selbst wenn es die Kirchen sind, an kriminellen Machenschaften beteiligen, bezeichnen wir das als das, was es ist.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo! – Zuruf: Buh!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Rinderspacher von der SPD-Fraktion auf.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich den Malta-Kompromiss vom vergangenen Montag, und wir bedanken uns bei der deutschen Bundesregierung und bei Bundesinnenminister Horst Seehofer, die mit ihrer Initiative diese Übergangslösung für Europa ermöglicht haben.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Dass Herr Seehofer angekündigt hat, die Bundesrepublik werde künftig 25 % der Bootsflüchtlinge aus dem Mittelmeer in Deutschland aufnehmen, damit denselben hier ein geordnetes Asylverfahren bereitet wird, hat den Gordischen Knoten ein Stück weit durchschlagen. Ich finde, das war ein Zeichen der Humanität.

Dass sich der Bundesinnenminister von Ihnen vorwerfen lassen muss, er habe einen Beitrag dazu geleistet, dass künftig Menschen aus dem Mittelmeer vor dem Ertrinken gerettet werden, halte ich für ein Unding, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Bedanken möchte ich mich auch bei den FREIEN WÄHLERN für das deutliche Signal auf der Klausurtagung, mit dem Sie sich zur Seenotrettung bekannt haben. Ich hätte mir dieses Bekenntnis schon zu unseren Anträgen vor der Sommerpause gewünscht. Sie hätten im Europaausschuss auch die Gelegenheit, entsprechend abzustimmen. Wer den Mund entsprechend spitzt, sollte dann auch pfeifen.

Wir begrüßen es, dass innerhalb der Union die Seenotrettung mittlerweile anders gesehen wird, als das bisweilen auch hier im Bayerischen Landtag laut wurde. Da waren nämlich auch solche Töne zu hören, dass die privaten Seenotretter gemeinsame Sache mit den Schleppern und Schleusern machen würden.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Machen sie doch! Verdrehen Sie das nicht alles, Herr Rinderspacher!)

Das ist ein völliges Unding.

(Widerspruch bei der AfD)

Ich darf Ihnen aus eigener Erfahrung berichten, denn im Gegensatz zu Ihnen war ich vor Ort. Ich war auf dem Mittelmeer. Ich war auf einem solchen Rettungsschiff. Ich habe mich sowohl mit der Crew als auch mit den Flüchtlingen und der italienischen Küstenwache unterhalten. Ich werde den nächsten Antrag gerne dazu nutzen, um einigen Ihrer Vorurteile mit ganz kühlem Kopf ein Stück weit entgegenzutreten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Dr. Ralph Müller (AfD): Ihr Sprachgebrauch dient nur der Ideologie!)

Meine Damen und Herren, klar ist: Malta und Italien haben größten Wert darauf gelegt, solange Europa sie mit den Flüchtlingen alleinlässt, die Flüchtlinge nicht mehr reinzulassen. Es war ein Ding der Unmöglichkeit, dass sich Europa aus der Seenotrettung zurückgezogen hat. Im Ergebnis sind allein im letzten Jahr 2.275 Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken. Bis zum heutigen Tag, dem 24. September, ertrinken jeden Tag 6 weitere Menschen im Mittelmeer, 952 bis zur Stunde. Sie können auf dem Ticker beim UNHCR mitlesen, wie Tag für Tag weitere Menschen im Mittelmeer ertrinken. Warum? – Weil Europa versagt.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Weil Europa wegschaut und seine staatliche Seenotrettung eingestellt hat. Deshalb müssen private, zivile Seenotrettungsorganisationen, NGOs, auf eigene Kosten die Arbeit übernehmen, die eigentlich Aufgabe der Europäischen Union wäre.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Nun haben wir durch diesen Aufnahmemechanismus die Möglichkeit zu künftiger schnellerer Ausschiffung. Ich war auf der "Eleonore". Dort wurden 104 Menschen gerettet. Das Ergebnis nach wenigen Tagen war, obwohl die politische Lösung längst existierte, dass die italienische Küstenwache die Boote trotzdem nicht anlegen lassen wollte. Ein Unding, ein Unding!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, beachten Sie bitte die Redezeit.

Markus Rinderspacher (SPD): Mehr zu Ihren Vorurteilen beim nächsten Antrag, den Sie gestellt haben, damit ich meinen Erfahrungsbericht dann in Gänze abgeben kann.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächste Rednerin rufe ich Frau Gülseren Demirel vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebes Präsidium! Mein Kollege Markus Rinderspacher hat die Zahl schon genannt: 2018 sind 2.275 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Das sind, wie schon erwähnt, pro Tag 6 Menschen. Es ist wichtig, sich diese Zahl zu vergegenwärtigen. Es ist daher natürlich umso wichtiger und umso mehr zu begrüßen, dass die Bundesregierung, dass der Bundesinnenminister jetzt anfängt, sich dieses Themas anzunehmen. Für diese Zahl im Jahr 2018 trägt jedes EU-Land eine Mitschuld. Das müssen wir so sehen.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Was für ein Unsinn! Unerträglich!)

Wir sind daher der festen Meinung, dass es auch weiterhin Aufgabe der Europäischen Union ist, sich auf eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik zu verständigen. Ohne eine Einigung und Lösung wird das Projekt Europa für diese humanitäre Katastrophe, die sich tagtäglich vor den Toren Europas ereignet, verantwortlich sein.

Wir brauchen für das Mittelmeer unbedingt eine humanitäre Lösung. Das sagen nicht nur die GRÜNEN oder die SPD, sondern das sagen auch viele Bürgerinnen und Bürger in Bayern. Dafür sind in den letzten Monaten sehr viele Menschen, aber auch Menschenrechtsorganisationen, Verbände und Gewerkschaften auf die Straße gegangen. Die evangelische Kirche hat in diesem Bereich sogar mit eigenem Geld Verant-

wortung übernommen. Das ist in der Geschichte wahrscheinlich auch eine einmalige Sache.

Inzwischen haben sich in Bayern neun Städte mit Ratsbeschlüssen und Resolutionen für die Aufnahme von aus Seenot Geretteten ausgesprochen. Ich finde, das ist ein wichtiges Zeichen, weil gerade in den Kommunen und Gemeinden Aufnahme und Integration stattfinden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Haltung dieser Gemeinden und Kommunen werden die europäischen Grundwerte verkörpert, die wir während des Europawahlkampfes im letzten Jahr rauf und runter gepredigt haben. Unsere Kommunen in Bayern machen damit deutlich, dass ihr Verständnis von Europa ein gänzlich anderes ist als das der Salvinis, Orbáns oder auch der entsprechenden Seite hier im bayerischen Parlament.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist daher wichtig, dass wir als ein großes und wirtschaftlich starkes Bundesland uns zu dieser Lösung innerhalb der EU auch solidarisch und unterstützend bekennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will mich bei den FREIEN WÄHLERN für diese klare Ansage bedanken. Liebe CSU, jetzt erwarte ich diese klare Ansage von Ihnen. Unterstützen Sie eine Lösung innerhalb Europas. Sie können diese Tragödie als Bundesland auch mit Aufnahmeprogrammen beenden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Abgeordnete Demirel, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Bitte eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Dr. Müller.

Dr. Ralph Müller (AfD): Frau Kollegin, diese unsinnige Sprach- und Tatsachenverdrehung mitanzuhören, ist kaum erträglich.

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das sagt der Richtige!)

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sie sprechen mir aus dem Herzen.

Dr. Ralph Müller (AfD): Jetzt spreche ich.

(Zurufe von der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD: Oh!)

Zum Thema Seenotrettung ist Folgendes klar festzustellen: Wenn ich mich in eine Seenotsituation vorsätzlich begeben, obwohl ich weiß, dass diese mit großer Wahrscheinlichkeit eintreten wird, und dann in Lebensgefahr komme, womöglich noch mit Frau und Kindern, dann kann ich anderen zivilisierten Nationen, die schon humanitäre Bemühungen unternehmen, nicht noch eine Schuld zuweisen. Es geht ja ins Strafrechtliche, was Sie hier, man muss fast sagen, verzapfen. Das ist doch eine völlige Pervertierung des Gedankens der Seenotrettung.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter Dr. Müller, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Ralph Müller (AfD): Kennen Sie eigentlich das richtige deutsche Sprichwort: "Wer sich in Gefahr begibt, der kommt darin um"?

(Unruhe bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Zuruf: Buh!)

Gülseren Demirel (GRÜNE): Ich kann auf dieses Statement nur nach dem Beispiel meines Kollegen Hold antworten: Das haben Sie nicht kapiert. Daher denke ich, wenn ich mir jetzt noch mehr Mühe gebe, wird das auch nichts bewirken.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Karl Straub auf, CSU-Fraktion.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident! Wenn man über dieses Thema redet und die Reden dazu hört, ist man teilweise schon tief betroffen. Ich habe mir zunächst gedacht, dass die Rede des Dr. Müller zu A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte die unsäglichste Rede war, die wir heute gehört haben. Dann kommt der Herr Graupner; er hat es getoppt.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Opposition!)

Aber auf den Herrn Dr. Müller kann man sich verlassen, weil er das mit dem, was er jetzt gesagt hat, noch einmal toppt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der SPD und der FDP)

Man macht sich ein Konzept, bevor man redet, aber nach einem Beitrag der AfD ist man wirklich nahezu sprachlos.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Sie haben doch sowieso nichts zu sagen!)

In Ihrem Antrag kommt überhaupt nicht vor, was eigentlich im Mittelpunkt stehen müsste: der Mensch. Man kann in Bezug auf Seenotrettung über sehr viel diskutieren. Man kann sehr viel dazu sagen, wie der richtige Weg ist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

– Wie sagen Sie immer? – "Seien Sie einmal ruhig!" Ich glaube, bei Ihnen wäre es wesentlich sinnvoller als bei mir, wenn Sie einmal ruhig wären.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der SPD)

Bei Ihnen kommt das Wort "Mensch" überhaupt nicht vor. Der Höhepunkt ist, dass die Menschen, die sich auf dem Mittelmeer befinden und die teilweise unter Vorspiege-

lung falscher Tatsachen auf das Mittelmeer gelockt werden, als Glücksritter bezeichnet werden. Also das ist, finde ich, ein starkes Stück.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

– Herr Müller, halten Sie sich zurück; jetzt hören Sie einfach einmal zu. – Sie als Glücksritter zu bezeichnen, ist für mich wieder ein Höhepunkt.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Ich habe das nicht gesagt!)

"Glücksritter" hat Ihr Kollege Herr Graupner die Menschen genannt, die sich auf das Mittelmeer begeben, und das ist unsäglich.

Eines ist auch noch Wahnsinn: Der evangelischen Kirche Kriminalität zu unterstellen, ist ein starkes Stück, das wir hier im Landtag so noch nicht gehört haben. Ich muss Ihnen sagen: Sie übertreffen sich ständig selber.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Wenn Kommunen sich zu sicheren Häfen erklären, ist das eine kommunale Aufgabe.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Was soll das für eine kommunale Aufgabe sein?)

Symbolisch gesagt: Sie stehen zur Verfügung.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Schwachsinn! Unerträglich!)

Sie haben nicht gegen geltendes Recht verstoßen. Deswegen: Lassen Sie bitte die Kommunen das machen, was sie tun wollen; denn das ist wesentlich besser als das, was Sie hier im Landtag abliefern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für uns als CSU ist die allererste Pflicht, für die Menschen – –

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Herr Präsident, das sind hier beleidigende Worte von rechts!)

– Ach, mit dem Müller werde ich schon fertig, da brauchst du dir keine Sorgen machen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der SPD)

Für uns ist die allererste Pflicht, dass wir uns um den Menschen kümmern, der sich auf dem Mittelmeer befindet. Bei der AfD bekommt man den Eindruck, dass sie tatsächlich mit dem Boot vorbeifahren würden, wenn jemand rettungsbedürftig wäre. Es ist selbstverständlich, dass Menschen, die auf dem Mittelmeer in Seenot geraten, möglichst gerettet werden. Das ist absolut selbstverständlich. Es ist schade, dass man das hier im Landtag noch erwähnen muss.

Wie gesagt: Man kann über Seenotrettung diskutieren. Es ist unbestritten, dass es sein könnte, dass Menschen sich nur auf den Weg machen, weil Seenotrettung vorhanden ist.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Aber wir müssen noch ganz andere Maßnahmen ergreifen, und auf europäischer Ebene muss noch viel mehr passieren. Ich erinnere daran, was unser Fraktionsvorsitzender Herr Kreuzer vorgeschlagen hat: dass wir anständige Aufnahmeeinrichtungen in Afrika schaffen. Das wäre nämlich eine Möglichkeit, die Menschen davon abzuhalten, auf das Mittelmeer zu gehen. Ich glaube, diesen Vorschlag sollte man wieder aufgreifen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber eines ist jetzt auch klar: dass wir Malta und Italien mit der Situation nicht alleinlassen dürfen. Deswegen ist kurzfristig völlig richtig, was unser Innenminister Seehofer

gemacht hat. Das ist keine langfristig sich verfestigende Lösung. – Wenn ich meine Redezeit anschau, denke ich, ich werde nicht mehr so ausführlich zu den Anträgen der Opposition kommen. – Das Problem ist: Wir dürfen das nicht unbegrenzt machen. Irgendwann muss Dublin mal wieder gelten. Irgendwann muss das Erstaufnahmeland den grundsätzlichen Asylstatus klären. Dann brauchen wir schlussendlich eine europäische Solidarität, um anerkannte Flüchtlinge über Europa zu verteilen.

Eines trifft übrigens auch zu: Für die Menschen auf diesen Booten gilt momentan eine Ablehnungsquote von 70 %. Aber 30 % dieser Menschen werden durchaus anerkannt. Auch das muss man mal berücksichtigen.

Ich möchte zum Schluss kommen. Ich begrüße den Schritt, den unser Innenminister getan hat. Wir müssen über Seenotrettung noch ausgiebig diskutieren. Momentan ist ganz klar: Die Menschen, die auf dem Mittelmeer sind und in Seenot geraten, gehören gerettet; aber wir müssen insgesamt zu einer europäischen Lösung kommen. Und bitte, liebe AfD, gehen Sie in sich – oder zumindest die vernünftigen Mitglieder, wenn es sie denn geben sollte –, und hören Sie auf, so unsägliche Reden hier im Landtag zu halten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Alexander Muthmann auf, FDP-Fraktion.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Außer an eine klare Rechtslage ist bei dem Themenkreis, der heute zu besprechen ist, auch an Werte wie Humanität und Solidarität zu erinnern, ohne die hier keine angemessenen Lösungen zu finden sind. Der Antrag der AfD bestreitet nicht nur Letzteres, sondern lehnt auch Gesichtspunkte und Werte wie Humanität und Solidarität regelrecht ab. Das ist das Unsägliche bei dieser Debatte und bei diesem Antrag.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der CSU)

Wir begrüßen, dass jetzt ein Anfang gemacht ist. Mein Vorredner hat gesagt, dass wir zu den Dublin-Regeln zurückkehren sollten. Sie müssten aber auch unter dem Gesichtspunkt der Solidarität überdacht werden. Denn diese Regelung konfrontiert die Südländer in besonderer Weise mit dem Problem. Sie dürfen nicht alleingelassen werden. Jetzt ist mit den auf Malta getroffenen Vereinbarungen ein Einstieg gemacht. Wir begrüßen das und hoffen und erwarten aber auch, dass es nicht bei den vier Staaten bleibt, sondern dass demnächst eine große Zahl von Mitgliedstaaten Zeichen der Solidarität setzt und bereit ist, zu einer Problemlösung auf europäischer Ebene beizutragen. Nur dann und nur so können wir insgesamt zu befriedigenden Lösungen kommen.

Dass die Kollegen der AfD nun annehmen, dass die Kommunen, die sich zu sicheren Häfen erklärt haben, gegen Recht verstoßen, ist durch nichts belegt und durch nichts begründet. Es mag nicht zu den Pflichtaufgaben gehören; aber es ist die vornehme Möglichkeit jeder einzelnen Kommune, sich über ihre Pflichtaufgaben hinaus mit der einen oder anderen Aufgabe in besonderer Weise zu befassen. Wenn das ein paar bayerische Gemeinden tun, ist das durchaus anzuerkennen und jedenfalls nicht als Rechtsverstoß zu disqualifizieren.

Der Antrag der SPD ist im Lichte der Bewertung, die ich gerade vorgetragen haben, zu begrüßen.

Schwerer tun wir uns mit dem Antrag der GRÜNEN. Zum ersten Punkt: Wie gerade gesagt, ist es eine autonome Entscheidung der Kommunen, sich in dieser Art und Weise besonders zu engagieren. Ein Verteilungsschlüssel für Kommunen im Sinne einer verbindlichen Verteilungsvorgabe existiert in Bayern in dieser Form nicht. Es ist Sache der Regierungen, in den jeweiligen Regierungsbezirken für eine entsprechende Verteilung zu sorgen. Hier können durchaus differenzierte Bewertungen vorgenommen werden, sodass eine Anknüpfung an einen für Kommunen verbindlichen Verteilungs-

schlüssel nicht möglich ist. Nach unserer Einschätzung wäre es auch nicht richtig, die Kommunen bei den von ihnen übernommenen, zusätzlichen freiwilligen Leistungen besonders zu unterstützen. Allein aufgrund dieses Spiegelstrichs ist Ihr Antrag für uns nicht zustimmungsfähig.

Insgesamt ermutigt uns die Debatte – mit Ausnahme der Beiträge der AfD-Fraktion –, den von der Bundesregierung beschrittenen Weg für unterstützenswürdig und richtig zu erachten. Wir schließen uns an.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Alexander Hold von den FREIEN WÄHLERN auf.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Trockenen kann man Seenot leicht in Gänsefüßchen setzen. Aber die Seenotrettung ist ein Akt der Menschlichkeit und kein Rechtsbruch. Sie ist ein Akt der Solidarität gegenüber unserem Partner Italien, der ein Recht darauf hat, nicht alleingelassen zu werden mit den Flüchtlingen, die gerettet worden sind. Die Gemeinden tragen die Hauptlast der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen, und sie leisten in Bayern zusammen mit Wirtschaft, Handwerk sowie mit Kirchen und Helferkreisen hervorragende Arbeit. All diese Menschen stellen Sie in eine kriminelle Ecke, wenn Sie so tun, als wäre die freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen eine Straftat. Auf der anderen Seite sehe ich keinen Grund, auf europäischer Ebene die Kommunen durch einen Fonds zu unterstützen. Wir müssen die Lasten in Europa und auch zwischen unseren Gemeinden fair verteilen. Aber ein EU-Topf, ein weiterer Topf, hilft uns nicht weiter. Wir setzen in Bayern die Integration schon am besten um. Wir haben die höchste Quote an Ausbildung und Menschen, die für sich selber sorgen können und Arbeit gefunden haben. Es gilt wie überall der Grundsatz: Je näher dran, desto wirkungsvoller. Deswegen verteile ich das Geld lieber hier als in Europa.

Nun komme ich zum Antrag der SPD-Fraktion. Der Antrag ist ganz lustig. Die SPD möchte ganz dringend, darum heißt der Antrag auch Dringlichkeitsantrag – –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Ich möchte den CSU-Bundesinnenminister Horst Seehofer loben. Aber es macht keinen Sinn, den Präsidenten aufzufordern, sich dafür einzusetzen, dass morgen das Wetter besser wird. So macht es keinen Sinn, die Staaten aufzufordern, dass möglichst viele EU-Staaten einer erweiterten Verteilungssystematik zustimmen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, kommen Sie zum Schluss.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, bei allem Respekt, das ist eine komplexe Aufgabe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Klaus Adelt (SPD): Sendeschluss! – Zuruf von der AfD: Abschalten!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herzlichen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bayerische Staatsregierung hat um das Wort gebeten. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Staatsregierung noch zwei Sekunden Redezeit hat. Aber selbstverständlich kann die Bayerische Staatsregierung so lange reden, wie sie es für notwendig hält. Das gilt natürlich auch für den Kollegen Eck. Ich weise darauf hin, dass die Fraktionen entsprechend ihrem Anteil im Hause zusätzliche Redezeit erhalten. – Herr Eck, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich zwei Sekunden einhalten kann. Ich möchte Folgendes hervorheben: Wir reden nicht über die Überstellung von aus Seenot geretteten Flüchtlingen, sondern davon, dass Deutschland eine

anständige, saubere, sachliche und faire Asylverfahrensbearbeitung übernimmt. Das ist ein himmelweiter Unterschied. Das muss an dieser Stelle noch einmal deutlich gemacht werden.

Der Antrag der AfD zielt letztlich darauf ab, die Aufnahme von aus Seenot Geretteten durch Deutschland generell zu verweigern. Das kann man so nicht im Raum stehen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aus diesem Grund sage ich das. Das ist wichtig. Der Antrag torpediert daher sämtliche Verhandlungen, die zukünftig nötig sind, um eine vernünftige und sachliche Lösung organisieren und managen zu können.

Ich will noch folgenden Punkt ansprechen: Sie greifen die Kommunen an. Es wurde bereits betont, dass die Kommunen kein Mandat haben. Aber wo kommen wir denn hin, wenn von der ersten politischen Ebene nicht auch sachliche Diskussionsbeiträge bis nach oben an Land, Bund oder EU weitergegeben werden können? – Aus diesem Grund ist auch dieser Punkt völlig unverständlich, um das höflich zu formulieren.

Zu den Anträgen der SPD und der GRÜNEN könnte ich noch das eine oder andere ansprechen, aber das will ich nicht tun. Die zwei Sekunden sitzen mir im Nacken. Unabhängig davon gibt es noch weitere Argumente. Die weiteren Verhandlungen sind noch nicht zu Ende gebracht worden. Wir wissen nicht, wohin sich das Ganze entwickelt. Im Vorfeld Anträge zu stellen und Verbesserungsvorschläge einzubringen und das eine oder andere anzusprechen, ist vollkommen verfrüht.

Deshalb ist der AfD-Antrag aus meiner Sicht abzulehnen. Darum bitte ich ganz herzlich. Der Antrag geht vollständig an der Sache vorbei. Die GRÜNEN und die SPD bitte ich ganz herzlich: Wenn Sie mit dem Ergebnis der weiteren Verhandlungen nicht zufrieden sind, dann können Sie das Thema eventuell noch einmal aufgreifen, darüber diskutieren und gegebenenfalls Anträge stellen. In diesem Sinne bitte ich, auch die Anträge von SPD und GRÜNEN abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Es gibt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Mang.

Ferdinand Mang (AfD): Herr Staatssekretär, wenn Sie bereits Vorschläge mit der EU erarbeiten, dann wäre ein weiterer Vorschlag folgender: Wie wäre es zum Beispiel, die Wirtschaftssanktionen, die die EU nach wie vor gegen Syrien verhängt hat, endlich einmal zu beenden? – Diese Wirtschaftssanktionen treffen immer nur die Unschuldigen, die sich selber nicht mehr ernähren können. Sie werden dadurch zur Fluchtursache.

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Ich nehme den Gedanken gerne auf. Er kann bei den Besprechungen und weiteren Verhandlungen diskutiert werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatssekretär Eck. – Verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben das jetzt ausgerechnet. Es handelt sich um eine Mehrung der Redezeit für die einzelnen Fraktionen im Sekundenbereich. Wenn ich keinen Bedarf sehe, dass das Wort noch einmal ergriffen werden muss, dann würde ich die Aussprache jetzt schließen. – Wir kommen nun zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/3695 – das ist der Antrag der AfD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP und der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/3696 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das

sind die Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und der FDP. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie die Abgeordneten Swoboda (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/3717 – das ist der Antrag der GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der FDP sowie die Abgeordneten Swoboda (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Damit ist der Antrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/3697 bis 18/3700 werden in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.